

A G A

ARBEITSGEMEINSCHAFT ANDERNACH

des Coburger Convent, des Kösener SC-Verbandes und des
Weinheimer SC in Zusammenarbeit mit der Deutschen Burschenschaft

Bonn, den 17. Mai 1954
Goebenstrasse 6
Fernruf: 2 23 64

Herrn
Bundesminister des Innern
Dr. Gerhard Schröder

B o n n
Rheindorferstrasse 198

Sehr geehrter Herr Minister!

Ihre Ansprache vor dem Deutschen Studententag in München am 5. Mai 1954 hat bei jungen und alten Korporationsstudenten einiges Aufsehen erregt. Dabei fällt besonders auf, daß Sie zugleich den Herrn Bundeskanzler vertreten haben, von dem bekannt ist, daß er in der Korporationsfrage einen ausgesprochen positiven Standpunkt einnimmt. Ausserdem war es Ihre erste Verlautbarung als Minister zu einem Problem, das Ihr Amtsvorgänger, Herr Dr. Lehr, mit echter Toleranz behandelt hatte.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen offen entgegne:

Von Ihnen als Verfassungsminister wird es nicht verstanden, daß Sie den Korporationsstudenten eine der bedeutsamsten Errungenschaften der Bundesrepublik, die Gewährleistung des Rechtsweges bei Rechtsverletzung durch die öffentliche Gewalt (Art. 19 Abs. 4 GG), nicht zugestehen wollen. In einem Rechtsstaat gibt es keine Sphäre, die von der Rechtsprechung nicht erfaßt werden könnte. Und wenn, wie in der Korporationsfrage, schon zahlreiche Gerichtsurteile ergangen sind, die ausnahmslos zu Gunsten der Korporationen und Korporationsstudenten und gegen die Hochschulen und Hochschuleinrichtungen lauten, dann sollten gerade Sie diese Rechtsprechung nicht negieren. Als Jurist müssen Sie auch zugeben, daß es sich bei den hier durch die Gerichte entschiedenen Fragen um ausgesprochene Rechtsfragen und nicht um "Taktfragen" handelt. Schließlich sind hier nicht streitsüchtige Mietparteien zum "Kadi" gelaufen, sondern mußten die Gerichte zum Schutz von studentischen Sitten und Gebräuchen angerufen werden, die daraufhin durch Urteil als akademisches Gewohnheitsrecht anerkannt worden sind. Das zu verkennen, bedeutet wahrlich mehr, als die Fehlbeurteilung einer Taktfrage.

Ihre Ausführungen zur Korporationsfrage wirken in sich zwiespältig. Was Sie über die Bildung von Studentenbünden sagen, könnte man als die Magna Charta des Korporationsstudententums bezeichnen. Kein Korporationsstudent kann das besser ausdrücken,

und es gibt wohl auch keinen Angehörigen irgendwelcher Korporation, der nicht bereit wäre, diese Ihre Sätze Wort für Wort zu unterschreiben. Die logische Folgerung daraus müßte aber sein, daß Sie die Daseinsberechtigung der Korporationen anerkennen.

Statt dessen glauben Sie mit missverstandenen politischen Reminiszenzen gegen die Korporationen argumentieren zu können. Von einer früheren Gegnerschaft der Korporationen gegen die Demokratie schlechthin kann überhaupt nicht die Rede sein. Mehr wirkliche Demokratie, als sie in den Korporationen von je her geübt wird, hat es wohl nirgendwo in Deutschland gegeben. Weshalb die Republik damals in Gefahr geriet, das mag die Geschichtsforschung ermitteln. Die Korporationen haben als echte demokratische Einrichtungen das Schicksal der Demokratie geteilt. Sie scheuen sich auch nicht, heute "ihre eigene Vergangenheit kritisch zu prüfen" und werden sich nicht an der politischen Mimikry beteiligen, die anderwärts noch vielfach zu beobachten ist. Die deutschen Studentenhistoriker haben vor wenigen Wochen auf ihrer Tagung in Würzburg mit eindrucksvoller, anderen nur zu empfehlender Ehrlichkeit begonnen, die Vergangenheit der Korporationen kritisch zu prüfen. Wenn Sie aber annehmen, daß das zu der "Einsicht" führen könnte, "daß es politisch klug und geistig notwendig ist, eine neue Gesinnung auch in neuen Formen auszudrücken", dann ist das ein Irrtum.

Daß die Korporationsfrage nicht durch Verbote gelöst werden kann, hat sich in der Vergangenheit gezeigt und wird auch von Ihnen anerkannt. Wenn Sie nun nicht wünschen, daß die Korporationsstudenten zwischen sich und der Demokratie einen Graben ziehen, was Sie für die Vergangenheit beklagen, dann lassen Sie ihnen Gerechtigkeit widerfahren und bringen Sie das grundgesetzlich verbürgte Recht auch ihnen gegenüber zur Anwendung. Das ist politisch klug und geistig notwendig.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Das Präsidium der
ARBEITSGEMEINSCHAFT ANDERNACH

gez.: Dr.Koch

(Dr.Koch)

Verband Alter Corpsstudenten